

Sächsische Zeitung



1914. Nr. 242.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Bezugspreis für Halle und Querfurt 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M., für das Ausland 4 M. Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — **Verlags-Beleg:** Sächsische Couriers (täglich), Anhaltische Nachrichten (täglich), Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt), Thüringer Provinzialblätter, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Abbestellungspreis für die sechs wöchentlichen Familienblätter oder deren Raum für Halle und Querfurt 50 Pfennig, auswärts 60 Pfennig. — **Belagen am Samstag** bei reaktionellen Zeitungen bis zum 10. Juni. — **Abbestellungspreis** für die sechs wöchentlichen Familienblätter oder deren Raum für Halle und Querfurt 50 Pfennig, auswärts 60 Pfennig.

Verlagsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62.
Telefon: 8108 u. 8109; **Rebationsfernrufer:** 8110.
Verantwortlich: Dr. Hermann-Pilgrig Halle (Saale).

Dienstag, 26. Mai 1914.

Verlagsstelle in Berlin: Demburger Straße 30.
Telefon: Amt Kurier Nr. 6280.
Druck und Verlag: von Otto Ehrig, Halle (Saale).

„Wer sich entschuldigt . . .“

Am Reichstage und im Landtage sind kürzlich Sprüche von Geschworenen, bei denen man nicht mehr von verschiedenen Auffassungen reden konnte, sondern die einfach als direkte Feststellungen zu bezeichnen sind, erörtert worden. Kennzeichnend ist es, daß in beiden Fällen es sich um leichtfertige Mädchen handelte, die sich aus Mache oder Gewinnlust ihre Anhängerschaft mit der Drohung vom Galle schafften. Es drehte sich dabei keineswegs um große Verbrechen, denn die Verbrechen in beiden Fällen sind gleichzeitig mit mehreren Männern, von denen sie einen unbekannteren oder verbotenen aus dem Wege räumten.

Es ist nur natürlich, daß die bürgerliche Presse solche Feststellungen erörtert, und daß sie auch im Parlament zur Sprache gebracht werden. Aber und sehr bedenklich ist es aber, wenn die Geschworenen — wie es oben geschehen ist — durch eine Erklärung in der Presse — in diesem Falle im „Berliner Lokal-Anzeiger“ — ihren Spruch zu rechtfertigen suchen. Das ist ein deutliches Merkmal dafür, daß diesen Geschworenen das richtige Verhältnis für die Würde, den Ernst und die Verantwortlichkeit ihres Amtes fehlt. Nur vor sich und seinem Gewissen ist der Geschworene verantwortlich, unbedenklich um die öffentliche Meinung hat er seinen Spruch zu fällen. Ein Mann, der so gerichtet hat, der wird sich nicht genötigt fühlen, gegen irgendwelche Vorwürfe in der Öffentlichkeit, sei es in der Volksversammlung, im Parlament oder in der Presse, Stellung zu nehmen. Er steht als Richter über allen Dingen und hat ihnen gegenüber keine Verantwortlichkeit. Welche dem Richterstand, der, einerseits, der Richter oder Juri, die Würde seines heiligen Amtes so weit außer Acht läßt, daß er auf öffentliche Anfragen öffentlich antwortet. Ein solcher Richter ist längst nicht mehr unparteiisch, er ist nicht nur rechts und noch links, ob er es auch richtig macht. Diese Erklärung der zwölf Geschworenen, in der sie alle umstände nach Abschlusses eines Gerichtsverfahrens im „Berliner Lokal-Anzeiger“ ihren Vorwurf verteidigen, wirkt ein böses Licht auf die Geschworenenenglieder, ja, man kann sogar sagen, diese Erklärung ist geradezu verurteilend für das ganze System. Man denke sich Vorwürfe, die nach jedem kritischen Spruch ihr Urteil in der Presse begründen. Wo fürchte dies die Rechtspflege hin?

Als auf Drängen des Liberalismus die Schwurgerichte in Leben gerufen wurden, da habe die urteillose Masse, daß man der „gelübde Menschenverstand“ auch am Richterlichen Maß habe. Wie die völlig unbegründeten Feststellungen sich häufen, da schickten selbst fernberühmte Juristen die Kopie. Ein Meisterricht, bewegliche Augenlein, Sittlichkeits und ein rasches Mundwerk veranlaßt die Geschworenen, die des Wortes oder des Wortverstandes angelegte Verbrecher frei zu lassen oder zu ganz milder Strafe zu verurteilen. Ein Vorwurf des süßen Böbels ertönt als Dank den Geschworenen. Das war bedenklich. Viel bedenklicher aber noch ist es, wenn, wie es hier geschieht, Geschworene öffentlich zur Begründung ihres Spruches das Wort ergreifen. Da handelt es sich nicht um einzelne Mitglieder, sondern da tritt klar zutage, daß ein unfähiger, aber beherrschter, das System der Schwurgerichte, diese hoffnungslos frucht des Liberalismus, zum Grund aus verfehlt ist.

Interessen der Familie stets vor Augen zu haben. Selbstverständlich muß der Besitzer den Besitz frei betriebsfähig machen. Ein Fideikommiss darf nur für eine Familie gebildet werden. Die Rechte der Familie werden durch die Bestimmungen über den Familienfideikommiss, die Familienvererbung und die Nachberrückgabe gewahrt. Vornehmlich ist die Fideikommissbesitzer ist es, für diejenigen Familienmitglieder, die infolge der ganzen Einrichtung nicht besonders günstig gestellt sind, zu sorgen. Fideikommiss sind Institute des Privatrechts und müssen nach den Vorschriften des Privatrechts geregelt werden. Als erste staatliche Behörde haben sich die Oberlandesgerichte bewährt. Das Gesetz soll im großen und ganzen auch auf die bestehenden Fideikommiss-Anwendungen finden.

Fürst zu Salm-Salm: Die Demokratie läßt Sturm gegen die Fideikommiss, weil sie in ihnen eine Stütze der Monarchie erblickt. Diese kommen aber in der Hauptsache der Landwirtschaft und damit der Allgemeinheit zu gute. Das Institut der Fideikommiss müßte weiter ausgebaut werden. **Graf zu Mansau:** Im Gegensatz zu meiner Fraktion und der Kommission befinde ich mich als einen Gegner des ganzen Gesetzes. Auch ich bin selbstverständlich von der Notwendigkeit der Fideikommiss durchdrungen. Ich bitte um Annahme meines Antrages, wonach der Entwurf mit folgenden Änderungen an die Kommission zurückzuberufen ist: Die Aufsicht über die Fideikommiss ist in die staatliche Aufsicht (Oberlandesgericht) zu legen; der Familie ist keinerlei Einfluß auf die Funktionen des Fideikommissbesitzers einzuräumen; als Aufsichtsglieder zwischen der Aufsichtsbehörde und den Fideikommissbesitzern sind sachkundige Männer mit beratender Stimme einzuführen. Im Falle der Ablehnung dieses Antrages beantrage ich, daß das Gesetz für die einzelnen Provinzen durch königliche Verordnung in Kraft gesetzt wird.

Randwirtschafstämmler v. Schorlemer: Ich bitte, die Anträge des Grafen Kanau abzulehnen. Den örtlichen Verhältnissen trägt der Entwurf genügend Rechnung. An einem Grundgedanken des Entwurfs ist auch in der Kommission festgehalten worden, daß nämlich die Fideikommiss an sich eine notwendige und nicht zu vermeidende Einrichtung sind. Eine Bindung des ländlichen Besitzes erscheint nicht allein für den Großgrundbesitzer, sondern auch für den mittleren und kleinen Besitz, und vor allem auch für den Bauernstand grundsätzlich wünschenswert. Die Bestimmungen des Entwurfs hindern den bäuerlichen Besitzer nicht, sein Gut zum Fideikommiss zu machen, sobald es ein Einkommen von 10 000 Mark gewährleistet. Aber die Gründung bäuerlicher Fideikommiss in dem Umfange, wie es seitens der Redner gemeint worden ist, wird sich kaum ermöglichen lassen auf Grund der Bestimmungen dieses Fideikommissgesetzes. Deshalb wird es Aufgabe der Staatsregierung sein, die Festigung des bäuerlichen Besitzes durch andere Vorschriften, durch Ausdehnung und Verbesserung des Anwartsrechts, in die Wege zu leiten. Ich kann nur bitten, der großartigen Arbeit Ihrer Kommission durch Annahme ihrer Vorschläge die verdiente Würdigung zuteil werden zu lassen.

Fürst zu Wernburg-Bachschwab: Auch ich halte es nicht für möglich, dieses Gesetz ohne große Härten für meine Kreise der Monarchie in Kraft treten zu lassen. Auf jeden Fall sollte man den Fort- und Abländeren von der Bindung ganz ausnehmen. Der Grundstücksanwärtler von kleinen Flächen sollte man erleichtern.

Freiherr v. Wülfen-Dammsdorf: Der größte Teil meiner Freunde stimmt gegen die Zurückverweisung an die Kommission. Der Entwurf entspricht einem langjährigen Wunsche des Herrenhauses. Wir treten dem Vortrags entgegen, daß mit dem Gesetze einseitige Großgrundbesitzverhältnisse betrieben werde.

Dr. v. Dziembowski begründete seinen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes, betreffend Bildung bäuerlicher Fideikommiss an Grundbesitzern.

Die allgemeine Behandlung folgte.
 Der Antrag Kanau auf Rückverweisung an die Kommission wurde abgelehnt.

In der Einzelberatung wurde der Entwurf mit geringfügigen Änderungen nach den Kommissionsbeschläüssen angenommen.

Die Resolution Dziembowski betreffend Bildung ländlicher Fideikommiss wurde angenommen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Nordmarkeninterpellation. Einl.

Schluß 4 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 25. Mai 1914.

Am Regierungstische: Dr. Lenz.
 Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwis eröffnete die Sitzung um 1 1/2 Uhr.

Auf der Tagesordnung stand die erste Beratung des Gesetzesentwurfes zur Änderung der Besoldungsordnung.

Finanzminister Dr. Lenz: Bei der Verabschiedung der Besoldungsordnung 1909 waren Landtag und Regierung einig, daß durch dieses Gesetz die Besoldungsfrage auf Jahre hinaus geregelt werden soll. Nun hat bei der Gleichartigkeit der Verhältnisse in Preußen und im Reich von jeder der Grundbesitzer, daß dieselben Beamtengruppen im Reich

und in Preußen dieselben Besoldungen beziehen. Hiermit ist auch 1909 im wesentlichen verfahren worden. Nur bei drei Beamtengruppen im Reich ist man darüber hinausgegangen, bei den Vortragenden Räten, den Reichstagsbeamten und den Assistenten. Durch die Besoldungsänderungen im Reich im Vorjahre sind die Postassistenten und Schaffner nicht erhöht worden. Nach dieser Zurückrechnung muß auch Preußen die Besoldungsfragen aus der neuen Konstellation ziehen. Die Regierung hätte sich begnügen können, ideenmäßig diejenigen Klassen aufzubeistern, welche im Reich ausgearbeitet worden waren. Die Regierung ist jedoch erfindlich weitergegangen. Nun ist es selbstverständlich, daß durch die Änderung der Besoldungsordnung in Preußen auch das Reich seine Besoldungsordnung ändern muß. Eine Ungleichheit der Besoldung zwischen den preussischen und den Reichsbeamten besteht seit dem vorigen Jahre. Diese Ungleichheit muß beseitigt werden. Es ist notwendig, daß diejenigen Beamtenklassen in ihren Besoldungen erhöht werden, bei denen die Regierung ein Bedürfnis als dringend vorliegend anerkannt hat. Wir sind nach pflichtmäßigem Ermessen dazu gekommen, daß die Besoldungsordnung in der Weise abgeändert werden soll, wie die Vorlage vorschlägt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß auch die in der vorliegenden Besoldungsordnung nicht aufgeführten Beamtenklassen zurzeit mitbedacht werden könnten. Ich sage ausdrücklich „zurzeit“, denn an eine Einräufung auf die lange Hand ist dabei nicht zu denken. Die geborenen Unterbeamten, werden die allerersten im Reich, welche bei einer Neuregelung der Besoldungsordnung in Betracht kommen. Die Regierung ist mit der heutigen Vorlage an die

äußerste Grenze

gegangenen, welche sie verantworten kann. Ich möchte deshalb dringen bitten, daß auch das Sächsische Gesetz innerhalb und nicht überdies. Die Regierung würde sonst in die Zwangslage verkehrt werden, den ganzen Entwurf zurückzuziehen. Ich schlage vor, die Besoldung am 1. Juli 1915 in Kraft zu treten. Die Besoldungsnovelle erfordert einen Gesamtbetrag von 19,3 Millionen Mark. Es kommen aber noch weitere Ausgaben hinzu. Die Diäten der nichtetatmäßig angestellten Beamten müssen erhöht werden, außerdem hat die Erhöhung des Gehaltes eine Erhöhung der Pension zur Folge. Die Erhöhung der Besoldungen ist innerhalb des bisher geltenden Besoldungssystems erfolgt. Von einem Übergang zu dem System der Familien- und Kinderzulagen ist Abstand genommen worden, weil diese Frage heute noch nicht reif ist. Ich glaube, Sie können alle mit guten Gewissen für die Besoldungsnovelle stimmen, denn das Eine ist ganz unfehlbar, sie bringt unsern Beamten ganz wesentliche Verbesserungen, und ich möchte Sie deshalb dringend bitten, die Besoldungsnovelle bald und unverändert anzunehmen.

Abg. v. der (Konf.): Der Grundgedanke der Regierung, daß die Besoldungsaufbesserungen von der Initiative der Regierung getragen sein müssen, wenn nicht das disziplinäre Verhältnis zwischen der Regierung und den Beamten fester werden sollen, ist mir sehr willkommen. Darum, daß einige Klassen berücksichtigt sind, andere dagegen nicht, muß ich auf eine neue gewisse Unzufriedenheit zwischen den einzelnen Beamtenkategorien ergehen. Es war direkt unerfreulich zu sehen, welche ein Petitionswort sich in den Kreisen der Beamten erhoben hat. Wir verstehen durchaus, daß Petitionen der Regierung vorgetragen werden. Aber wir halten es nicht für erwünscht, wenn solches nicht direkt an die Regierung gebracht, sondern durch die Vermittlung von Abgeordneten geschieht. Die Exzitation darf nicht misgünstig werden, die auf dem abstrakten Vertrauen zur Staatsregierung beruht. Es wird hellenweise in den Petitionen nicht genügend berücksichtigt, welche weittragende Bedeutung die Beamtenbesoldungsaufbesserung auf die produzierenden und oft schwer ringenden Teile der Bevölkerung unseres Vaterlandes, hat. Der Landtag hat zwar ein Ausgabebewilligungsrecht, aber nicht das Recht, seinerseits Ausgaben festzusetzen, die von der Regierung nicht vorgeschlagen sind. Wir würden darin einen unzulässigen Eingriff der Legislative in die Exekutive sehen. Ich beantrage, diese Novelle und die Besoldungsdarstellung, die in diesen Mitgliedern verbriefte Budgetkommission zur Beratung zu überweisen.

Abg. Dr. Hüning (Str.): Wir müssen dafür sorgen, daß in den Kreisen der Beamten wieder Ruhe einzieht. Die Unzufriedenheit der Beamten darf nicht gleichgestellt werden mit einem Mangel an gutem Glauben in unserer Beamtenliste. Der alte preussische und deutsche Geist ist auch heute noch in der Beamenschaft vorhanden. Wir bedauern, daß der Finanzverwaltung noch nicht das soziale Verständnis für den Gedanken der Berücksichtigung der Kinderarbeit aufgegangen ist. Dem Antrage auf Beratung in der verstärkten Budgetkommission schließen wir uns an.

Finanzminister Dr. Lenz: Es ist hier zu dargelegt worden, als ob die

Reichsbesoldungsnovelle

nach nicht endgültig gelöst wäre. Der Reichsbesoldungssekretär hat im Auftrage der Verbündeten Regierung erklärt, daß diese mit den Änderungen nicht einverstanden sind. Und wenn auch der Bundesrat, nachdem ihm der Reichstagsbeschlusses vorlag, noch nicht formell Beschlüsse gefaßt hat, so ändert das doch an dem Endergebnis nichts.

Preussischer Landtag.

Herrenhaus.

Sitzung vom 25. Mai 1914.

Am Regierungstische: Dr. Bessler, Frhr. v. Schorlemer.
 Präsident v. Wobsl eröffnete die Sitzung um 12 1/4 Uhr.
 Auf der Tagesordnung stand die Beratung des Gesetzesentwurfes über Familienfideikommiss und Familienfideikommiss.

Justizminister Dr. Bessler: Die Fideikommiss sind zurückzuführen in ihrem Entstehen auf das Bestreben, den Familiengrundbesitz zu einigen und festzulegen, damit ein Mittelwerk geschaffen werde für die Familie zur Führung ihrer wirtschaftlichen Erhaltung. In einzelnen Landestheilen hat sich ein außerordentlich großer Grundbesitz gebildet; dadurch entsteht eine große Gefahr insofern, als nicht überall die Interessen der inneren Kolonisation in wünschenswerter Weise gefördert werden können. Das Fideikommissrecht entspricht nicht mehr den heutigen Anforderungen. Der vorliegende Gesetzesentwurf hat es sich zur Aufgabe gestellt, feste Regeln aufzustellen über Gegenstand, Umfang und Organisation der Fideikommissentrichtung und namentlich die Überführung des ganzen Instituts in das heute geltende Recht. Der Grundbesitz muß so gestaltet werden, daß er eine wirtschaftliche Wirtschaft führen kann. Die Regierung vertritt sich den Erfolg, daß auch die kleineren Besitzer an den Fideikommissgütern ein gutes Beispiel haben, so daß die ganze Landwirtschaft sich weiter entwickelt. Der Entwurf stellt den Grundbesitz auf, daß der Landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Grundbesitz die Grundlage der Fideikommiss bilden soll. Die Fideikommissbildung darf nicht so groß sein, daß sie der Besitzer nicht selbst verwalten kann; es muß eine einheitliche Wirtschaft möglich sein. Auftrage des Reiches ist es, die

Hr. Dr. Schröder-Kosell (Natl.): Die durch die Befolgsordnung von 1908 angeordnete Verknüpfung innerhalb der gesamten Beamtenorganisation ist eingetreten, hat aber vielfach zu Unzufriedenheiten geführt. Wir fordern eine Revision der Befolgsordnung der unteren und der am geringsten besoldeten mittleren Beamten sowie eine Begünstigung der verheirateten Beamten und solcher mit einer größeren Zahl von unterfertigen Kindern. Wir fordern ferner ganz allgemein eine Nachprüfung der Befolgsordnungen für die Staats- und Reichsbeamten. Das

Befolgsordnungsverfahren muß von Grund auf reformiert werden, und namentlich für die unteren Beamten. Da wir jedoch nach den Erklärungen des Ministers nicht über den Rahmen der Vorlage hinausgehen können, werden wir diese unverändert annehmen. Wir erwarten dabei, dass der Minister, das er bestimmte Angaben macht, wann eine neue Befolgsordnungsabteilung eingebracht werden soll. Wir wünschen, daß dies möglichst bald geschieht.

Hr. Biersch (Freisinn.): Wenn auch manche Wünsche zurückgestellt werden mußten, so können wir diese Punkte doch als einen wesentlichen Schritt vorwärts ansehen. Wir müssen das Anfangsgeld der Beamten so bemessen, daß sie sich einen Hausstand gründen können. Wenn wir dazu übergingen, Kinderbeihilfen zu gewähren, so würden diese vornehmlich den Unterbeamten zugute kommen, die in den meisten Fällen kinderreiche Familien haben.

Hr. Biersch (Freisinn.): Die Beratung der Befolgsordnung ist zu unterbrechen und die übrigen Punkte der Tagesordnung zu erledigen.

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde demgemäß beschloffen und in die dritte Lesung des Eisenbahnangelegenheitsgesetzes eingetreten.

Hr. Biersch (Freisinn.): Dem Staatsvertrag mit Dänemark werden wir zustimmen. Die Interessen der Stadt Wilhelmshaven müssen befragt werden.

Hr. Biersch (Freisinn.): Die Wünsche der Bürgervereine in Oberland sind zu berücksichtigen.

Hr. v. Helldorf (Natl.): Dank dem Minister für die in letzter Zeit geschlossenen Verbindungen zwischen Ostpreußen und Berlin.

Nachdem noch der Hr. Dr. Wolff-Greif (Natl.) einen speziellen Wunsch ausgesprochen hatte, wurde das Eisenbahnangelegenheitsgesetz einstimmig angenommen.

In dritter Beratung wurde ohne Debatte der Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten angenommen.

Ohne Debatte wurden ferner angenommen in erster und zweiter Beratung der Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des Geltungsbereiches einer Bestimmung der Allgemeinen Gerichtsordnung von 1845; der Gesetzentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden von 1883; der Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Gesetzes von 1904 über die hannoversche Landesbank, sowie die Gesetzentwürfe über die Änderung der Amtsgerichtsbezirke in Braunschweig (Westpreußen) und Schmettau, der Amtsgerichtsbezirke Dornick und Rogosen und der Amtsgerichtsbezirke Ohlau und Wansen.

In zweiter und dritter Beratung wurde die Novelle zum Gesetz über die Errichtung von Rentenbanken von 1850 ohne Debatte angenommen.

Es folgte die erste Beratung des Entwurfs eines Fiskalgesetzes.

Kandmissionsminister Hr. v. Schorlemer: Das bestehende Fiskalgesetz hat im wesentlichen einen Zweck erfüllt, die Fiskalverwaltung hat einen nicht unerheblichen Aufschwung genommen, aber bezüglich der inneren Wirtschaftlichkeit sind noch Mängel bestehen. Aus den Streifen der Fiskalinteressen und auch der Fiskalwissenschaft ist der Wunsch geäußert worden, bei einer Abänderung des Gesetzes auch in eine Neuordnung des materiellen Rechts einzutreten. Diese Maßnahmen hat die Regierung namentlich in dem Entwurf vorgelegt. Es war auch eine Neuordnung der polizeilichen Vorschriften im Auge zu fassen. Ich hoffe, daß dieser Entwurf Ihre Annahme findet.

Hr. Frhr. v. Maltzan (Natl.): Ich beantrage, die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen. In dieser Vorlage wird ein langjähriger Wunsch der Fiskalverwaltung getrahen. Die Fiskalverwaltung ist aber anscheinend nicht in genügendem Maße berücksichtigt.

Hr. v. Helldorf (Natl.): Wir stimmen dem Gesetzentwurf in den Hauptpunkten zu. Dem Antrag auf Kommissionsberatung schließen wir uns an.

Hr. Hausmann-Sannover (Natl.): Die Vorlage ist eine Sammlung praktischer Erfahrungen, die im Laufe der Zeit gemacht worden sind. In einigen Punkten sind Verbesserungen nötig, so beim Uebertrittsrecht und dem Vorkaufsrecht des Staates.

Hr. v. Helldorf (Natl.): Auch wir halten die Vorlage für eine ausgezeichnete Grundlage zu den Kommissionsberatungen.

Hr. Kappmann (Fortf. v. Ppt.): Die Fiskalverwaltung wird diesem Gesetz wirtschaftlich gemacht, und das wird wieder den Fiskalorganen steigern.

Hr. Dr. Hübner (Sos.): Wir wollen das Fiskalgesetz der Regierung nicht ausdehnen und hoffen, in der Kommission zu einer Einigung über diese wichtige Frage zu gelangen.

Die Vorlage wurde an eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Nach debatteloser Erledigung einer Reihe von Petitionen verlas das Haus auf Dienstag 10 Uhr. Fortsetzung der Befolgsordnungsabteilung, keine Vorlagen, Petitionen.

Schlus 4 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Bei der gestrigen Stichwahl im Reichstagswahlkreise Stendal-Osternburg.

wurden nach vorläufigem amtlichen Wahlergebnis für Soeffs (Natl.) 12 518 Stimmen, für Wachsorf de Wente (L.) 15 027 Stimmen abgegeben. Es steht nur noch das Ergebnis aus sieben kleineren Orten aus, die an dem Ergebnis nichts ändern werden.

Wachsorf de Wente hat ja Erklärungen abgegeben, die den Sozialdemokraten sicher genug erschienen, daß sie nun Mann für Mann für ihn stimmten. Wie wird Herr Wachsorf de Wente nun seine Erklärungen für die Wünsche der Sozialdemokraten in die Wirklichkeit umsetzen?

Der Dant des Kaisers.

Auf das Jubiläumstelegramm der Vertreter der nationalen vortraditionalistischen Arbeiterbewegung in Saarbrücken an den Kaiser ist folgendes Antwortelegramm eingegangen:

Seine Majestät der Kaiser und Königin haben den Jubelungsgruß der dort versammelten Vertreter der nationalen vortraditionalistischen Arbeiterbewegung gern entgegen genommen und sich über das reue Bedenken des gegenwärtigen sozialen Dantes des ersten Kaiserjubiläumsgesetzes. Seine Majestät lassen für die Erneuerung des Gedächtnisses der Treue danken und werden auch ferner den vortraditionalistischen Interessen der Arbeiter fürstliche Anteil werden lassen.

Auf Allerhöchsten Befehl. Geg. v. Valentin.

Zwei weitere Briefe Dr. Ludwigs. Die Professoren „Raffmann“ veröffentlicht folgende zwei weitere Briefe des Dr. Franz Ludwig, in denen es sich um Erörterungen über Litzschinger handelt.

Dr. Franz Ludwig. Berlin, den 7. April 1912. W. 57, Marienstr. 1.

Sehr geehrter Herr Doktor! Wenn Sie erwägen, den benutzten Titel anzunehmen, so werden Sie sich darüber klar sein, daß hierzu größere finanzielle Aufwendungen erfüllt werden müssen. Es handelt sich um ein absolut reelles Zug-zug-Geschäft. Der geforderte Betrag wird bei einem Vorkauf deponiert mit der Bestimmung, daß er am Tage verfallt, an dem Sie den bewußten Gegenstand offiziell in Empfang nehmen. Im Falle des Nichterfolgens steht der Betrag unberührt zu Ihrer Verfügung, so daß Sie absolut kein Risiko eingehen. Zugewandte Vorrechte werden nicht erhoben. Disposition gegenwärtig schriftlich. Ausdrücklich müssen Sie sich entschließen, Ihre Personalien anzugeben.

Ihren diesbezüglichen Mitteilungen sehe ich entgegen und gelobte Nachachtungsbilligung.

Dr. Ludwig. Berlin, den 20. April 1912.

Dr. Franz Ludwig. Sehr geehrter Herr Doktor! Gestatten Sie zunächst noch die Anfrage, ob Sie approbiert werden? Ich bin dies nicht der Fall, ist die Erlangung des Fachdiploms, was ich nicht mit 8-10000 M. zu lancieren wage, etwas teurer. Auf jeden Fall aber bitte ich, unseren Briefwechsel zu vernichten und mir Ihre Entschädigung baldmöglichst zu unterbreiten.

Nachachtungsbilligung. Dr. Ludwig.

Stürmische Zwischenfälle bei einer deutschfranzösischen Rede in Havre.

Das „Echo de Paris“ berichtet von stürmischen Zwischenfällen, die sich in der Savoye bei einer Rede des Professors Kunze über den Bericht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen abspielten. Der Redner hatte erklärt: „Die Frage von Elsaß-Lothringen ist bereits gelöst. Für die Franzosen ist sie jetzt nichts weiter als eine Diskussion nach Litzsch, ein Reibstück.“ Keine Proteste zwangen den Redner, den Saal zu verlassen. Von ihm anwesenden Zuhörern wurde folgende Tagesordnung angenommen:

Die hier versammelten Franzosen stellen mit Entrüstung die Auslegung fest, die der Redner den Angehörigen der unterdrückten elsass-lothringischen Bevölkerung gegeben hat und verteilen die plötzliche Gefühlsänderung Professor Kunzes seinen früheren Erklärungen gegenüber als schärfste. Sie übermitteln den Elsaß-Lothringern ihre mündlichen Glückwünsche wegen der Unterdrückung, der sie in Deutschland ausgeübt sind, und geloben ihnen von ihnen getrennt lebenden Brüdern unerschütterliche Treue.

Diese Entschädigung beweist aufs neue, wie nötig ein fester Kurs in den Reichsständen ist.

Keinere politische Nachrichten.

Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrat. Der „Reichs- und Staatsanz.“ meldet: Auf Grund des Artikel 6 der Verfassung des Deutschen Reiches ist von Seiner Majestät dem Kaiser, König von Preußen der Staatsminister und Minister des Innern von v. Kossell zum Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannt worden.

Zur Feier des argentinischen Unabhängigkeitstages veranstaltete gestern, Montag, der Deutsch-Argentinische Zentralverband zur Förderung vortraditionalistischer Interessen ein Festmahl im „Hotel Splendid“ in Berlin, an dem sich die Mitglieder und gelobte Gäste zahlreich eingefunden hatten und wobei zahlreiche Reden gehalten wurden.

Deutsche Offiziere bei den großen russischen Wandern? Nach Wittermeldungen wird für Anfang Juli in Petersburg eine deutsche Militärmission erwartet, die den großen Wandern in Petersburger Militärbegriff beinhalten werde. Das erregt in russischen Militärfreien gewissermaßen Sensation, da zu den Wandern auch französische Militärpersonen eintreffen sollen.

Was wird mit Albanien?

Ueber die Unterhandlungen der Mitglieder der internationalen Kontrollkommission mit den Aufständischen, die am Sonnabend nachmittag stattgefunden haben, wird noch mitgeteilt:

Die von den Aufständischen aufgestellten Forderungen betreffen den Schluß der muslimanischen Religion und des Muselmanentums, sowie die Wiederherstellung der osmanischen Herrschaft, insbesondere deshalb, weil die jetzige Regierung die Muslimen mit Kennenpflichten angreifen hat. Falls die Wünsche zur Zeit nicht möglich sind, möge das Land kein Schicksal wieder in die Hände Europas zurückgeben. Unter den Aufständischen, die seinem Bestimmen früher zu gehorchen schienen, hatte vor den Vorgängen vom 18. und 19. Mai die Meinung geherrscht, daß Effend Pascha von ihnen als Be-

trager anzusehen sei. Die Befestigung des Hauses Effend Pascha habe jedoch einen völligen Umschwung herbeigeführt. Jetzt bestrafen viele dieser fanatischen Bauern, die mit Effend Pascha von den Nationalisten und den holländischen Soldaten angegriffen worden sind, Effend Pascha als unglückliches Opfer und wünschen, ihn auszuscheiden. Die Forderungen der Bauern, die von ihnen in bewonnener, lärmender Weise vorgebracht wurden, waren in einem Schriftstück zusammengefaßt, über das eine allgemeine Aussprache stattfand.

Während der Verhandlungen der Mitglieder der internationalen Kontrollkommission mit den Aufständischen bemittelte sich der italienische Gesandte mit dem holländischen Dragoman, die angelegenen Forderungen der Aufständischen dann zu befragen, die Befragenen, von denen eine große Anzahl verurteilt war, freizulassen. Die Befragenen glaubten bereits ihre letzte Stunde gekommen, und die holländischen Offiziere hatten schon dem italienischen Befehlshaber ihr Geld übergeben und ihre letzten Wünsche übermittelt. Die Unterhandlungen, die besonders dadurch erleichtert wurden, daß der italienische Dragoman ein guter Kenner der albanischen Sprache und Sitten ist, endeten schließlich mit der Freilassung der Gefangenen.

Der italienische Gesandte brachte in seinem Urteil der Verbündeten nach Durazzo, darunter den rumänischen Fürsten Ghibu. Die aufständische Bewegung ist jedoch noch nicht erloschen und die Insurrektion behält die Kraft in ganz Mittelalbanien aus. Ein verpackt in Wien eingetroffenes, am 28. d. Mts. nachmittags in Durazzo ausgegebenes Telegramm meldet, daß etwa 500 Aufständische in Kawaja die Regierungsbehörden vertreiben und die türkische Fahne gehißt haben, nachdem sie die albanische Fahne gerissen und zu Boden getreten hatten. Die Aufständischen haben einen Mutti und einen Gouverneur ernannt und die Selbstverwaltung ihres Bezirks verordnet unter dem Rufe: „Es lebe Effend, der König Albanien!“

Die Dinge also liegen, steht der Thron des Fürsten von Albanien auf sehr wackeligen Füßen. Was aber in Albanien werden wird, weiß heute noch niemand. Die Aufständischen wollen nicht recht, was sie wollen, es herrscht dort so eine Art Anarchie. Andererseits ist die Herrschaft eines Fürsten, die sich nicht auf die Einsicht eines noch rohen und unwissenden Volkes, wie es die albanischen Bauern sind, zu stützen vermag, sondern auf die Gründe angewiesen ist, die in den Gefühlen und Majonetten der europäischen Großmächte liegen, eine recht zweifelhafte Staatsangelegenheit.

Aus Rom kommt die Berichtigung, daß die Nachricht aus Konstantinopel, wonach der italienische Reichsminister Marquis Crispien bei der Sitzung wegen der Befestigung des albanischen Throns durch einen vortraditionalistischen Vorbesprechungen gehabt habe, vollkommen falsch sei.

Zu all diesen großen Fragen kommt nun auch noch ein Sturm im Glase Wasser, das in der Abreise des bisherigen Reichsministers des Fürsten seine höchste Höhe erreichte. Wir lesen hierüber noch in einem Berliner Blatt:

Ein recht peinlicher Zug kommt in das Bild der letzten Tage von Durazzo durch allerlei „Soflistik“.

Der von dem bisherigen Reichsminister des Fürsten, einem Herrn Dr. Bergmann, verbreitet wird. Der Herr hat sich anscheinend mit dem Formarschal des Fürsten, Herrn v. Trotha, nicht vertragen können und hat darum seine Stellung in Durazzo aufgegeben. Der an diesem Formarschal Schuld hat, ist an sich ganz gleichgültig. Wenn aber Herr Dr. Bergmann jetzt seinen Vorgesetzten eine eingehende Darstellung seiner Streitigkeiten verbreiten läßt und dabei behauptet, eine ihm gegenüber getane, unvorsichtige Äußerung des Herrn v. Trotha hätte die Unbeliebtheit des Fürsten zur Folge gehabt, so leidet er damit nicht nur der Ehre des Fürsten, sondern auch sich selbst einen sehr schädlichen Dienst, denn die Frage, wie die auf Deutsch getanen Äußerungen des Herrn v. Trotha unter der albanischen Bevölkerung bekannt werden konnten, läßt sich nur in einer Weise beantworten, die ein wenig günstiges Bild auf Herrn Dr. Bergmann wirft.

Graf Berchtold über das Bündnis mit Deutschland.

In der gestrigen Sitzung der österreichischen Delegation hob der Minister des Auswärtigen, Graf Berchtold, zunächst mit Befriedigung hervor, daß die vorgelegten Einwände gegen das Dreibündnisverhältnis, die in verhängender Anzahl vorgebracht worden seien, gegenüber der sonstigen allgemeinen Zustimmung zu diesem Verhältnisse wohl nicht in die Wagschale fallen könnten. In Verbindung der beflaggenvertreten österreichischen Kundgebungen in einigen Städten Italiens erklärte der Minister, es ist ihm gänzlich unbekannt, aus diesen vereinigten Worten die ungewöhnlichen Worte klarer Mißbilligung, die der italienische Ministerpräsident gegen diese Kundgebungen gefunden habe, sowie auf die Anwesenheit des Reichsministerpräsidenten, der nicht mit der gehörigen Energie Mißbilligung gegen die Demonstrationen getroffen habe und auf die strenge Weisung der italienischen Regierung an alle Präfekten, der Wiederholung solcher Vorfälle vorzubeugen. Daraus geht hervor, daß die italienische Regierung die unheimlichen und unerschrockenen Vorkommnisse im Geiste des herzlichen Bundesverhältnisses zu Österreich-Ungarn behandelt habe. Ferner widerlegte der Minister die Behauptung Schusterichs, daß Österreich-Ungarn bei der Schaffung Albanien mehr italienischer als eigener Interesse genieße und daß es allein die Lasten dieses Bündnisses trage. Die Schaffung Albanien bedeute keineswegs eine ideale Lösung; sie sei eine Kompromißlösung und ein Auslegel unvertretbarer Interessen, der ermöglichte wurde, ohne daß es zu einem Frieden gekommen sei. Wenn Schusterichs behauptet, das Dreibündnisverhältnis Österreich-Ungarn mit Deutschland war das Bündnisgebunden, gelte nicht, gleichgültig über der Ansicht Ausdruck ab, daß wir innerlich des Rahmens dieses Verhältnisses nie unserem Interesse gerecht werden könnten, so kann ich, fuhr Graf Berchtold fort, diesen Gedanken nicht teilen lassen.

In Deutschland, dessen Diplomatie sowohl im Anzeigensjahre, wie auch zur Zeit der Schaffung Albanien hinter uns gelassen hat, bestimmt man über die gegenwärtigen Verhältnisse, dessen Wert zu außer Zweifel liegt, wie bei unserm Bundesverhältnis mit dem Deutschen Reich, bezügliche Aufstellungen laut werden zu lassen. (Wraso.) Auch in Bezug auf

Die Auslegung Dr. Kowaleffs über dieses Verhältnis, der den Zweck derselben darin sehe, den Einismus zu bekämpfen, erkläre die Minister: Das Bündnis mit Deutschland ist ein Defensivbündnis und dem Frieden gebunden. Es entspricht somit nicht den Interessen und kann nur zerfallen, wenn denselben ein anderer Charakter beigegeben wird, was nach gegen die Willensmeinung der Staatenwelt, deren Ansehen ist bekanntlich von größter Wichtigkeit, in unserm Interesse nicht zu tun ist. Gegenüber den Behauptungen, daß Oesterreich-Ungarn sich um Deutschland willen in unbedingtem Interesse die Bündnisverhältnisse zu ändern wünsche, wird Graf Berchtold die Notwendigkeit unserer militärischen Maßnahmen in Bezug auf die geographische Lage im Westen Europas und durch die Landenge begünstigt, daß andere europäische Staaten fortwährend an der Ausgestaltung ihrer Wehrmacht und Schlagschärfe arbeiten. Eine Sicherung dieser Positionen auf anderem Wege und mit geringeren Kosten wäre wohl kaum erreichbar.

Ein Berliner halbamtliche Stimme über Albanien.
Ein Berliner Telegramm der „Römisches Zeitung“ führt an:

Im diplomatischen Kreise hält man bis zum nächsten Kenntnis der Einzelheiten der letzten Vorgänge in Durazzo mit einem Urteil über die Sandlungen des Fürsten zurück. Es ist denkbar, daß die Agenten des Fürsten die Depesche des italienischen Gesandten in Durazzo, Miotto, an den Kaiser überreichte. Angesichts dieser amtlichen Darstellungen können die Wünsche einzelner italienischer Mächte gegen den Fürsten nicht ernst genommen werden. Nach dem Zeugnis Miotto hat der Fürst die italienische Forderung nicht als Forderung aufgeführt, sondern, um auf Seiten des italienischen Reichers in seine Gunst in Eiderkeit zu bringen. Der Einfluß, als habe Fürst Wilhelm gewillens, den Hof zu verlassen, ist falsch. Soweit ein sicherer Urteil über die Lage in Durazzo möglich ist, hat der Fürst keine Absicht, die Linie ins Nord zu werfen und die italienische und österreichische Diplomatie durch die Vertretungen anderer Länder um den Ausgleich der gegenwärtigen Schwierigkeiten bemüht, damit nach deren Ueberwindung die Arbeit zur Sicherung des Friedens des unabhängigen albanischen Staates weitergeföhrt werden kann.

Ausland.

Eine Entente cordiale zwischen den Kleinstaten Europas?
Das Brüsseler Blatt „Le Soir“ veröffentlicht einen auffeherregenden Artikel, in dem ausgesprochen wird, daß der Gebanke einer Entente cordiale zwischen den Kleinstaten Europas, nämlich zwischen Belgien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen in ein neues praktisches Stadium eingetreten sei. Das Organisationskomitee habe seinen Sitz in dem kleinen holländischen Stadchen Groningen. Im nächsten Frühjahr werde in Holland eine Tagung abgehalten werden, auf der die Vertreter der europäischen Kleinstaten zusammenkommen würden. Man spricht auch bereits von der Veranstaltung gemeinsamer Ausstellungen, die nachherhin in den Hauptstädten der betreffenden Länder stattfinden sollen.

Das händische Konigspar auf der Heimreise.
Das händische Konigspar ist am 25. Mai nachmittags an Bord seiner Yacht von Amsterdam nach Kopenhagen in See gegangen.

Die Vermittlungsverhandlungen über Mexiko.
Es wird erklärt, daß die Forderung der amerikanischen Delegierten genaue Entwiirfe über eine Regelung der Landfrage in Mexiko in die Regelung der mexikanischen Lage einzubringen, für die Vermittler unannehmbar sei. Falls darauf bestanden würde, wäre dies für die mexikanischen Delegierten ein Grund zum Abbruch der Verhandlungen. Trotzdem erklärt ein amerikanischer Delegierter, daß die Verhandlungen einmütig fortwurten.

Verabredungen über Mexiko.
Der britische Botschafter Springrice und der niederländische Gesandte Ritter von Rappard haben mit Staatssekretär Bryan über die Frage eines Lebensvertrages an Dreien verhandelt des Inhalts, daß keines der vertretenen Länder irgend eine durch die militärisches Bewegungen im Gebiete von Tampico verursachte Eigentumsveranderung anerkennen würde. Das Lebensvertrage ist untersagt worden und eine Mitteilung dieses Inhaltes an den amerikanischen Kommandant Enobarbo und an den niederländischen Konsul in Tampico gefohelt worden.

Streit zwischen der Union und Domingo?
Der Kapitän des Kreuzers „Washington“ meldet, daß er den Präsidenten Bordas von Santo Domingo zum letzten Male ermahnt habe, das Artilleriefeuer auf Puerto Plata einzustellen. Am Sonntag ist nicht gefeuert worden.

Entfahrung eines Journalisten in Marokko. Nach einer Meldung aus Tanger sollen die Entfahrer des französischen Journalisten Monnier von anderen Eingeborenen gefolgt worden sein, die verprochen haben, Monnier nach Tanger zururckzubringen.

Vermischtes.

Katholischer Kämmerer. In einem geheimen Konfessionarium hat der Papst anstelle des verstorbenen Kardinals Creigia den Kardinal Della Volpe zum Kämmerer der römischen Kirche ernannt.

Zur Explosion in Büren. Von den 37 in das Stenfenhaus eingestiegenen Verurteilten sind inzwischen 25 entlassen worden. Die Gesamtzahl der Toten wird auf acht angegeben. Verschiedene Personen werden noch vermißt.

Nach zwei deutsche Bergleute beim Konstantinopeler Bergbauamt. Andernalenden Gerichten gegenuber sei festgestellt, daß außer den türkischen Bergleuten nur noch zwei Angehörige der deutschen Marine bei dem Konstantinopeler Bergbauamt angestellt worden sind, nämlich der Obermaschinistmeister Dohndorff aus Gien und der Geizer Effenberg aus Viehau. Die Verletten befinden sich im deutschen Stenfenhaus in Konstantinopel.

Folgenreicher Brand. In der Ortschaft Borsowitz unweit Petersburg brach im Darmraum eines Holzhauses Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit das zweite Stockwerk ergriff, wo der Arbeiter Fedorow mit seiner Frau und sieben Kindern wohnte. Die Frau stürzte aus dem Fenster auf die Straße. Der Mann, der sie auffangen wollte, fiel ebenfalls auf den Hof. Beide wurden schwer verletzt. Die sieben Kinder verbrannten. Elf Arbeiter, die aus den Fenstern der angrenzenden Häuser, auf die Straße stürzten, erlitten erhebliche Verletzungen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Apparaturerkrankungen in Cotzen.

Zahlreiche Apparaturerkrankungen wurden, wie aus Cotzen gemeldet wird, in den letzten Kreislaufstunden festgestellt. Die Ursache ist, bei der Arbeit dadurch geheren Umfang anzuweisen, indem, daß mit äußeren Verletzungen eingetretene Kranke gleichzeitig auch den Apparat in sich tragen, was nicht sofort erkannt wurde. Diese Kranken haben dann in den gleichen Saal untergebrachten Kranke infiziert. Sofort nach Erkennen der Sachlage wurden alle Vorrichtungen abgesperrt, um ein Weitergreifen der Seuche zu verhüten, jedoch ist der Ausgang noch nicht absehbar.

Sportnachrichten.

Luffahrt.

Luftliche Auffahrtswachen des Prinz-Geinrich-Fluges.
Ueber dem geographischen Kreislaufplan zwischen Westfalen-Opfaden und Schleißen-Nied wurde am 25. Mai der erste Doppeldecker um 8 Uhr 5 Min. gefohlet. Aufsteigend waren zwei Passagierbatterien, fünf Feldbatterien und sechs Ballone mit insgesamt vierundzwanzig Beobachtungen. Major Siebert vom 4. Flieger-Bataillon in Straßburg leitete die wochentliche Uebung. Bis Mittag waren sämtliche Flugzeuge wieder nach dem Flugplatz am Duttweiser Hof zururckgekehrt, außer dem Doppeldecker des Leutnants v. Haller, der bei Gangelau hängend stehen erlitt und abgerufen werden mußte, und dem Eindecker des Leutnants Geydel von der altner Fliegerleitung, der nach einer Uebersteuerung nordwestlich zururckfliegen wollte. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Zu Ehren des Prinzen Geinrich von Preußen und der Teilnehmer am Prinz-Geinrich-Fluge gab die Stadt Ron in Gurgenshaule ein Festmahl. Von den Militär- und Zivilfliegern hatten Preise erhalten: den Kaiserpreis Leutnant Freiherr v. Thun; den Prinz-Geinrich-Preis Krumfeld; den Preis des Königs von Bayern Leutnant v. Reich; der Beobachter des Freiherrn v. Thun; den Preis des Großerzogs von Baden Leutnant v. Schwan; der Beobachter von Krumfeld; den Preis des Großerzogs von Oldenburg Oberleutnant v. Heulien; den Preis des Herzogs von Braunschweig und Lunenburg und den Ehrenpreis des Grafen Wedel Leutnant v. Wullar; den Preis des Hamburger Landwehroffizierslehrs Oberleutnant v. Siedemann und Leutnant v. Bode; den Preis der Stadt Ron Leutnant v. Schröder; den Preis der Stadt Münster Schaumburg; den Preis des bayerischen Kriegsministeriums Leutnant Müller; den Ehrenpreis der Stadt Hamburg Leutnant v. Hiddelfien; den Ehrenpreis der Stadt Bremen Leutnant Müller; den Ehrenpreis des preussischen Kriegsministeriums Hauptmann v. Schlemmer; den Preis des Fürsten von Hohenzollern Leutnant Schlemmer; den Preis des Fürsten v. Hohenlohe Oberleutnant König; den Preis der Fürsten v. Schaumburg Leutnant v. Schröder; den Preis der Stadt Minden Leutnant v. Heulien; den Preis des Kreisraths Kaufmann v. Geydel; Prinz Geinrich von Preußen gebildet in einer kurzen Ansprache der Zelen und begluwendete die Preisträger.

Im Verlaufe des Abmarsches der Stadt Ron für die Teilnehmer am Prinz-Geinrich-Fluge brachte der erste Preisträger, Leutnant v. Thun, ein Koch auf den Platz aus. Derselbe begluhte Oberleutnant v. Heulien, Leutnant v. Schwan, den Prinzen Geinrich, worauf Prinz Geinrich sich zu einer Ansprache auf die Stadt Ron erhob.

Ruberport.

Unglücksfall auf dem Ruberort. Bei der geringen ersten Regatta der Wochenserie fahrte das Motorboot „Laurer 4“ an einer Wundungsbombe. Das Boot „Gis 2“ war sofort Rettungsringe aus und konnte zwei Monteur retten. Obwohl halb auch andere Boote zur Stelle waren, erlitten der Fahrer, der Besatzungsbesatz der Firma Saue, Kuntel. Das Rennen wurde für ungluht erklärt. Auch die Nachmittagsregatta der Mann- und Kleinboote fiel aus.

Kraftwagenport.

Beim Automotorenwettbewerb verunglückte. Während des vom Petersburger Automobilklub veranstalteten Wettrennens, an dem 32 Automobile verschiedener Länder teilnahmen, rannten beim Ueberfahren die auf Peugeotautomobil fahrenden Franzosen Dely und Piffan infolge zu hohen Geschwindigkeiten auf einen Steinhaufen, wodurch eingetretene Autos auf. Beide Franzosen wurden auf der Stelle getötet.

Letzte Telegramme.

Preßstimmen über die Stichwahl in Stendal-Nerburg.
Berlin, 26. Mai. In der „Deutschen Tageszeitung“ heißt es über den Ausgang der Wahl: Die alte Partei der Demokraten und Sozialisten hat wenig Chancen, sich dieses Wahlergebnisses zu freuen, denn er zeigt, wie weit gewisse ihrer Mitgleder auf der abfahrenden Bahn hingelassen seien, die schließlich zu einer immer facheren und offenkundigeren Demotografie hinföhren.

Die „Post“ schreibt, man dürfe auf den neugewählten Reichstagsabgeordneten das Wort anwenden, wer von Sozialisten sei, sterbe daran.
Die alte Lante Woz, die in ihrem neuen Kleid so gern fokottiert und sich wichtig macht, lagt von dem Siege Wochhorts, er sei nicht nur als ein liberaler Erfolg zu betrachten, sondern auch als ein solcher der politischen Moral. Wer mit dertartigen Mitteln arbeite, wie es die kontervative Partei in Stendal getan, dürfe sich nicht wundern, wenn sich zuletzt alles gegen ihn wende.

Das „A. Z.“ begrüßt den „glänzenden Erfolg“ als einen wichtigen Protest gegen die kontervative Agitation, die in der Altmark jedes erträgliche Maß überstiegen habe. In der „Täglichen Rundschau“ heißt man: Die Gegner der kontervativen Partei haben vom republikanischen Standpunkt richtig kalkuliert, als sie die unbedingte auerlassige Parteibildung der Sozialdemokratie auf einen Affenbissen in der Rechnung stellten. — Das ist: auf den Affen der Sozialdemokratie kumpelt Wochhorts de Werte in den Reichstags.

Die gelamte Linke von Wasserborn bis Scheidemann verzeihlich für sich seit den allgemeinen Wahlen einen Nettoerwerb von vier Mandaten. Der Bauernbund hat jetzt fünf Vertreter im Reichstag.

Die preussische Befolgsordnung.

Berlin, 26. Mai. Das Justizkommissioner der Kammer zur Befolgsordnung nach den Wünschen der Regierung gilt im Abgeordnetenhaus als gefohlet.

Der deutsche Kreuzer „Goeben“ nach Durazzo.

Berlin, 26. Mai. Der Kreuzer „Goeben“ in Konstantinopel erlitt den Befehl, sich nach Durazzo zu begeben.

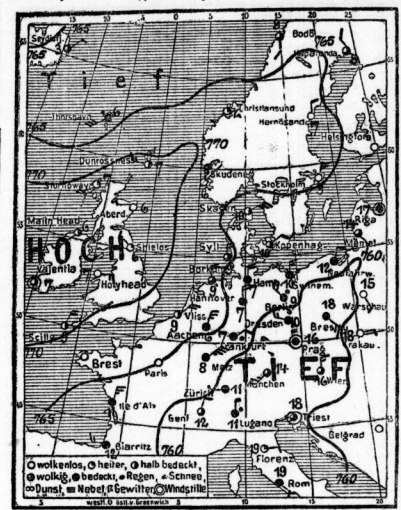
Schneefall im Taunus.

Frankfurt a. M., 26. Mai. Im Taunus setzte gestern heftiger Schnee ein, und die Temperatur sank bis auf 2 Grad unter Null.

Annahme von Homernle.

London, 26. Mai. Das Unterhaus hat in dritter Lesung die Homernle Bill mit 351 gegen 274 Stimmen angenommen.

Bericht der öffentlichen Wetterdienststelle.



Erklärung: Die Linien auf der Karte (Isothermen) verbinden die Orte mit gleichem Wocherthermometer. Die Pfeile geben die Temperaturen in Celsiusgraden die Pfeile die Windrichtungen und die Beschriftung die Windstärke an.

Witterungsbericht.

Während eine gestern früh in Schweden befindliche Barometerberechnung nach Nordrussland fortgegangen ist, hat sich an ihrer Stelle ein neues Minimum ausgebildet, dessen Gebiet sich heute vom westlichen Mittelmeer bis fast zur Arktis erstreckt. In Deutschland haben sich demgegenüber die Regenfälle im westlichen Binnenlande fortgesetzt und mit zahlreichen Gewittern aherwirts weitergedreht. Besonders im Süden sind große Regennengen gefallen. Im Norden ist das Wetter noch fast uberrauht und regnerisch. Die Temperaturen sind bei frischen nördlichen Winden sehr stark herabgegangen, fasten hat nur noch 6 Grad Celsius.

Verantwortlich:

für Politik: Reichsanwalt Dr. Straffer; für Deutsches Reich, Ausland und Vermittlung: Dr. Gieseler; für Geschichtliches, Geographisches, Kunst und Kongresse: G. Mieschner; Provinz i. S. G. Siedler; Handel und Allgemeines i. S. G. Mieschner; Feuilleton i. S. Dr. Straffer; für den Anzeigenteil: B. Kersten; Schluproduktion: H. Bernow, famlich in Halle (Saale).
Sprechstunden für Politik und Theater von 10 bis 11 Uhr, für alle übrigen Abteilungen von 8 bis 11 Uhr vormittags.
Alle die Redaktion betreffenden Zuschriften sind nicht persönlich oder an die Expedition bezug. den Verlaß, sondern lediglich an die „Redaktion der Saekischen Zeitung in Halle (Saale)“ zu richten.

Am 24. Mai 1914 verschied nach längerem Leiden der Vorstand und Aufsichtsrat unserer Gesellschaft:

Herr J. Werminghoff.

Tief erschuttet stehen wir an der Bahre dieses ausgezeichneten Mannes, der sein ganzes Leben der Entwicklung unserer Gesellschaft gewidmet hat.
Er gehört zu ihren Gründern und war Generaldirektor der Gesellschaft von 1881-1906, in welchem Jahre er den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm. Sein Wirken für unsere Gesellschaft, das für ihn untrennbar war von der Wahrnehmung der Gesamtinteressen des Braunkohlenbergbaus und der Brikettindustrie, sichert ihm für alle Zeit unsere Dankbarkeit.
Wir beklagen den Verlust eines treuen Freundes und Kollegen, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Vorstand und Aufsichtsrat der „Eintracht“ Braunkohlenwerke und Brikettfabriken.

Oeffentliche Stadtverordnetenversammlung.

Offenbar: Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ... Der Vorsitzende Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Hierzu wird in die Tagesordnung eingetragen. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verpflichtung der Landstraße ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

hängigkeit und Liebe gehabt, das spiegelte sich in den über ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Blumenschmuck der Ballone, Fenster, Vorgärten. ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

und Hellblau sich es dagegen weniger. Schön sind Orange und ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Ernannt wurde der Landrichter Dr. Raabich in Halle zum ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Verleitet wird der Landgerichtsrat Reda in Halle als ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Schulprämie. Der Verband deutscher Priester in Halle ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Ballische Tagesfrist. Auf dem Bürgerfest, das ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Der Verein ehemaliger Hallischer Oberrealschüler bezieht ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Kongresse und Ausstellungen. Zur Stuttgarter Tagung des ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Kongresse und Ausstellungen. Zur Stuttgarter Tagung des ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Kongresse und Ausstellungen. Zur Stuttgarter Tagung des ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Kongresse und Ausstellungen. Zur Stuttgarter Tagung des ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Kongresse und Ausstellungen. Zur Stuttgarter Tagung des ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Kongresse und Ausstellungen. Zur Stuttgarter Tagung des ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Kongresse und Ausstellungen. Zur Stuttgarter Tagung des ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Kongresse und Ausstellungen. Zur Stuttgarter Tagung des ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Kongresse und Ausstellungen. Zur Stuttgarter Tagung des ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

Kongresse und Ausstellungen. Zur Stuttgarter Tagung des ... Die Stadtb.-Vorst. Freitag, Dr. v. B. m. B. ...

